

# Jahrhundertprojekt Umsiedlung: Was man an uns vorbei plant

Publiziert am 3. August 2018 von Wilfried Müller auf [www.wissenbloggt.de](http://www.wissenbloggt.de)



Um die Migration kümmern sich viele NGOs, aber auch viele staatliche und internationale Organisationen wie die EU-Asylagentur, das Europäische Parlament, die UN Refugee Agency und das UN Department of Economic and Social Affairs.

Letzteres erklärte Deutschland im Jahr 2000 für stark zuwanderungsbedürftig (siehe Medien-Link Nr. 9). Das Schlagwort von der Replacement Migration (Bestanderhaltungsmigration) ist seither im Schwange.

Das liefert die Begründung für eine geplante Massenumsiedlung und eine damit einhergehende politische Machtergreifung (Bild: geralt, pixabay). Denn das Volk wurde nie gefragt, ob es das überhaupt will, dass Menschen aus fernen, rückständigen Regionen die Bevölkerungszahl hochhalten sollen. Warum sollten wir so viele bleiben, wenn Straßen, Krankenhäuser, Städte überfüllt sind, wenn immer mehr Land versiegelt wird und Grundstücke schier unbe-

zahlbar werden? Warum sollten wir nicht gern weniger werden und die allfälligen Migrations-Subventionen lieber jungen Deutschen zugutekommen lassen, denen eine ausreichende Perspektive zur Familiengründung abgeht?

In der Folge gab es einen Aufschwung linksgrüner Extrempositionen in der Politik, die in offenen Grenzen resultierten, ja, in der Behauptung, Grenzen ließen sich gar nicht mehr schließen. Man müsse die Flüchtlinge samt und sonders aufnehmen. In den Worten der Migrationslobby: Ein Globaler Pakt zu sicherer, geordneter und regulärer Migration für dauerhafte unbegrenzte Migration (siehe Medien-Link Nr. 5).

Was als "global compact on refugees" daherkommt (siehe Medien-Link Nr. 4), ist allerdings Etikettenschwindel, Fake und Manipulation. Denn gemeint ist ein globaler Umsiedlungsmechanismus, der die Bevölkerung auf Dauer umsortieren soll (siehe Medien-Link Nr. 10). Nach dem Willen der Migrationslobby werden die Rechte der Migranten gestärkt und die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet (siehe Medien-Link Nr. 7). Unausgesprochenermaßen steckt dahinter das Credo, *Alle Menschen sind gleich und jeder soll überall hindürfen* (siehe Medien-Link Nr. 3).

Die Täuschung geht bei den "Flüchtlingen" los. Vor allem dank US-Politik gibt es sie bedauerlicherweise, aber das Etikett wird von Vorteilssuchern missbraucht. Die gezogene Konsequenz ist absurd: Denn nun wird gar nicht mehr unterschieden. Ausnahmslos allen Migranten soll bedingungslos geholfen werden, egal aus welchem Grund sie migrieren (siehe Medien-Link Nr. 12).

Das soll also die neue Normalität werden. Europa und die westliche Welt müssen sich auf endlose Migrantenfluten einstellen. Das Dokument ist in Brüssel praktisch beschlossene Sache. Im Dezember soll es in Marokko endgültig verabschiedet werden (siehe Medien-Links Nr. 4, 5, 6, 7 und 8).

Gemeinsam ist den Texten, dass es nur um die Versorgung und Aufnahme der Migranten aller Art geht. Migration zu vermeiden und gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist nicht das Thema - es geht also voll am Willen der europäischen, nordamerikanischen und australischen Bevölkerungsmehrheit vorbei.

Die Einheimischen sind überhaupt nicht gefragt. Ihr Wille taucht im gesamten Textkonvolut von *Replacement* über *Resettlement* bis *Flüchtlingspakt* nicht auf. Es ist kein Thema, ob wir Millionen von bildungsfernen Menschen aus rückständigen Regionen aufnehmen wollen, ob wir dabei Anpassungsprobleme und Kapazitätsengpässe voraussehen; denn das unausgesprochene Dogma lautet, *alle sind überall kompatibel und dürfen überall hin*.

Über die Grenzen der Belastbarkeit wird nicht gesprochen (keine Deckelung), oder höchstens mal so nebenbei, und dann in obrigkeitlicher Weise (wenn ein "Schwellenwert" überschritten wird, wird woandershin umverteilt, siehe Medien-Link Nr. 11). Die Rede ist auch von *einem auf der Größe der Bevölkerung und der Wirtschaft der Mitgliedstaaten basierenden "Referenzschlüssel"* (siehe Medien-Link Nr. 10). Den verordnet man uns genauso wie den Schwellenwert; es soll zentral gelenkt werden, gefragt werden wir nicht, nicht mal ein Vetorecht ist vorgesehen.

Bemerkenswert die dogmatische Attitüde. Gekleidet wird es in die Worte, *die verletzbaren Menschen haben zunehmende Barrieren zu notwendigen Leistungen zu überwinden, und das verletzt ihre grundlegenden Menschenrechte. Staaten und NGOs sollen zusammenarbeiten, um das zu ändern* (siehe Medien-Link Nr. 1). Gemeint ist eigentlich, *los Leute, gebt Geld, Arbeitsleistung und Besitzstände her, um beliebig vielen Migranten zu helfen*. Kein Pieps dazu,

- dass die *zunehmenden Barrieren* an zunehmenden Migrantenmengen liegen,
- dass es sich um eine gewaltige Umverteilungs- und Umsiedlungsaktion handelt,
- dass Hilfe für die Daheimbleibenden völlig außer Acht gelassen wird,
- dass die Rechte der Einheimischen überhaupt nicht in der Agenda auftauchen,

- dass sie noch nicht mal gefragt werden, ob sie ihre Errungenschaften mit allen Menschen der Welt teilen wollen.

So etwas wie Beschlussfassung, Abwägung, Prioritätensetzung im Einvernehmen mit dem demokratischen Souverän taucht in der Agenda nicht auf. Dieselbe Hau-Ruck-Vorgangsweise riss schon bei der Bankenkrise ein; da wurden hunderte von Mrd. "benötigt", und zack! wurden sie ohne Reflektion rausgehauen. Jetzt wird das "benötigt" noch nicht mal expressis verbis ausgesprochen, sondern implizit umgelegt auf die "verletzlichen Menschen" (von denen viele unglaublich robust sind), bei denen es "völlig unakzeptabel ist, ihnen den Zugang zu adäquater Ernährung, Gesundheitsversorgung und Rechtsberatung zu verweigern" (siehe Medien-Link Nr. 2).

- Dass sie selber oft die meiste Schuld an ihrer Lage haben, ist kein Thema.
- Dass sie sich selber am besten helfen können, kein Thema.
- Dass andere Formen der Hilfe 100\* effizienter sind, kein Thema.
- Dass auf diese Weise immer mehr zum Migrieren verlockt werden, kein Thema.

"Jeder hat das Recht, mit Respekt und Würde behandelt zu werden" (siehe Medien-Link Nr. 2) - bloß nicht der Steuerzahler, über dessen Kopf hinweg die Umverteilung und Umsiedlung beschlossen wird. Das *ausgesendete Signal* ist zweifellos gut gemeint, aber es ist grundfalsch, vernunftwidrig und kontraproduktiv. Es ist nicht mal human, weil es die Zuhausebleibenden benachteiligt:

*Die, die losziehen, sollen unabhängig von Gründen, Fähigkeiten und Einstellungen willkommen sein und ihr Glück machen.*

Das Signal das gebraucht wird, ist ein ganz anderes:

*Die, die dableiben und ihr Land aufbauen und wenig Kinder kriegen, sollen ihr Glück machen.*

## Medien-Links zur Immigrationslobby:

1. [New Walled Order: How barriers to basic services turn migration into a humanitarian crisis](#) (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies 7/18):

- *While there is room for disagreement about migration policy, there is no policy goal that can ever justify the suffering of vulnerable people, including migrants.*
- *Around the world, migrants, especially irregular migrants, face increasing barriers to essential services that are critical to their survival and basic dignity. These include health care, shelter, food and legal assistance.*
- *There are a range of factors that prevent this access, from the overt - such as outright exclusions- to the subtle - fear of arrest, detention and deportation, prohibitively high service costs, and language issues.*
- *Limiting or preventing access to basic services disregards the basic human rights that all people have, including migrants. Migration can be managed more effectively when we do not compromise the safety and dignity of vulnerable people. States and humanitarian actors should work together to ensure access to essential services for all vulnerable migrants.*
- *The Global Compact for Migration is a chance to ensure that all people migrating, regardless of their status, have access to the humanitarian assistance they need. States can adopt a range of measures to achieve this, including building "firewalls" between immigration enforcement and public services.*

2. [Restrictive immigration policies creating a "new walled order", says IFRC report](#) (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies 10.7.): *"All people, regardless of immigration status, should have access to basic services and humanitarian assistance. There is no need to mistreat people to have proper border control. Preventing access to adequate food, basic health care, and legal advice about their rights is completely unacceptable. Everyone has the right to be treated with dignity and respect."*

3. [Resettlement](#) (The UN Refugee Agency): *Neben Asyl, das nur einem Bruchteil von Flüchtlingen gewährt wird, bietet die dauerhafte Neuansiedlung in einem zur Aufnahme bereiten Drittland (Resettlement), eine Chance sich ein neues Leben in Frieden und Sicherheit aufzubauen.*

4. [GLOBAL COMPACT FOR SAFE, ORDERLY AND REGULAR MIGRATION](#) (UN, ZERO DRAFT 5.2.): *We, the Heads of State and Government and High Representatives, meeting in Morocco on 10-11 December 2018, recalling the New York Declaration for Refugees and Migrants and determined to make an important contribution to enhanced cooperation on international migration in all its dimensions, have adopted this Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration.*

5. [Auf dem Weg zum globalen Pakt für Flüchtlinge](#) (UNHCR Deutschland 2018): *Am 19. September 2016 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten, um die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf große Flucht- und Migrationsbewegungen zu verbessern. Sie bekräftigten darin ihre Verpflichtung, die Menschenrechte der Flüchtlinge und Migranten im vollen Umfang zu respektieren und sagten robuste Unterstützung für Länder zu, die von großen Fluchtbewegungen betroffen sind.*

6. [Towards a global compact on refugees: a roadmap](#) (UNCHR 17.5.17): *The New York Declaration and the envisaged global compact on refugees represent a remarkable commitment to international cooperation to share responsibilities more equitably and in a more predictable manner in the face of large movements of refu-*

gees and protracted refugee situations. UNHCR looks forward to working with Member States and other relevant stakeholders to transform these important commitments into action, for the benefit of refugees and the countries and communities that host them.

7. [Der umfassende Rahmenplan für Flüchtlingshilfemaßnahmen \(CRRF\)](#) (UNHCR Deutschland 2018): *Die Kernidee dieses neuen Ansatzes ist, dass Flüchtlinge von Anfang an in die Aufnahmegemeinschaften eingebunden werden. Wenn sie Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt haben, können sie Fähigkeiten einbringen, neue erwerben und so eigenständig zu der lokalen Wirtschaft beitragen. Flüchtlingen zu ermöglichen von staatlichen Leistungen zu profitieren und sie in nationale Entwicklungspläne zu integrieren, ist sowohl für Flüchtlinge selbst als auch für die Aufnahmegemeinde von entscheidender Bedeutung. Dies geht einher mit dem Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die fordert, die Schwächsten und Verwundbarsten in den Mittelpunkt zu rücken und niemanden zurückzulassen ("leave no one behind").*

8. Maßnahmenprogramm ‚programme of action‘ (noch kein Link) *das auf bewährte Praktiken aus der ganzen Welt zurückgreift und konkrete Handlungsweisen festlegt, die von den UN-Mitgliedsstaaten und anderen Ländern zur Umsetzung der Prinzipien aus der New Yorker Erklärung ergriffen werden müssen.*

9. [BESTANDSERHALTUNGSMIGRATION: EINE LÖSUNG FÜR ABNEHMENDE UND ALTERNDE BEVÖLKERUNGEN?](#) (UN Department of Economic and Social Affairs 2001, deutsche Zusammenfassung). Diese Lösung sieht so aus: Im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgröße bräuchten Italien und Deutschland die höchste Anzahl von Einwanderern, um den Bestand ihrer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu erhalten. Italien benötigte jährlich 6.500 Zuwanderer pro 1 Million Einwohner und Deutschland 6.000 (entsprechend 492.000 Immigranten pro Jahr). Die Vereinigten Staaten benötigten die geringste Zahl - jährlich 1.300 Zuwanderer pro 1 Million Einwohner.

10. [Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist](#) (Europäisches Parlament 6.11.17): *Nach dem von der Berichterstatterin vorgeschlagenen Umsiedlungsmodell sollen Antragsteller die Möglichkeit haben, nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen in Mitgliedstaaten umgesiedelt zu werden; allerdings wäre damit nicht das Recht verbunden, das Ziel frei zu wählen, und es wäre, soweit dies möglich ist, klar abgegrenzt von dem Fall von Familienangehörigen, die stets demselben Mitgliedstaat zugewiesen werden sollen. ... (32) Bei dem Korrekturmechanismus für die Zuweisung sollte ein auf der Größe der Bevölkerung und der Wirtschaft der Mitgliedstaaten basierender Referenzschlüssel als Bezugspunkt verwendet werden, damit durch den Mechanismus eine gerechte Aufteilung der Verantwortung durch die Mitgliedstaaten sichergestellt werden kann. Die Anwendung des Zuweisungsmechanismus sollte dauerhaft und automatisch erfolgen, wenn ein zuständiger Mitgliedstaat auf der Grundlage der Kriterien der Kapitel III und IV nicht ermittelt werden konnte.*

11. [Europäische Kommission - Pressemitteilung - Eine faire und nachhaltige gemeinsame Asylpolitik verwirklichen](#) (European Commission 4.5.16): *... So wird automatisch festgestellt, wenn das Asylbewerberaufkommen in einzelnen Ländern gemessen an ihrer Größe und ihrem relativen Wohlstand unverhältnismäßige Ausmaße annimmt. Steigt das Asylbewerberaufkommen auf das Anderthalbfache eines auf dieser Grundlage berechneten Schwellenwerts, werden alle weiteren neuen Asylbewerber (ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit) nach einer Prüfung ihres Antrags auf Zulässigkeit auf die übrigen EU-Mitgliedstaaten verteilt, bis das Asylbewerberaufkommen wieder unter den betreffenden Schwellenwert sinkt.*

12. [New York Declaration for Refugees and Migrants](#) (UNHCR the UN Refugee Agency 2016): *The New York Declaration reaffirms the importance of the international refugee regime and contains a wide range of commitments by Member States to strengthen and enhance mechanisms to protect people on the move. It has paved the way for the adoption of two new global compacts in 2018: a global compact on refugees and a global compact for safe, orderly and regular migration.*